

## Feindbild Faschismus

Zum Doppelcharakter einer Gegnerkategorie  
in der frühen DDR

„Der Faschismus“, so kann man ohne jede Übertreibung sagen, hatte in der DDR viele Gesichter. Zumindest in den Jahren bis zum Mauerbau konnte so ziemlich jede Form von gesellschaftlichem Widerstand – und davon gab es in dieser Zeit bekanntlich reichlich – mit dem Etikett „faschistisch“ belegt werden, und zwar weitgehend unabhängig davon, welche Rolle die Akteure während der Zeit des Nationalsozialismus tatsächlich gespielt hatten.

Gerade die Beliebigkeit, mit der ganz unterschiedlich motivierte oppositionelle Einstellungen zu einem „kompakten“, das heißt in sich vermeintlich homogenen, Gegner verschmolzen wurden oder mit der eine solche Haltung oft genug auch nur unterstellt und konstruiert wurde, fällt im Nachhinein ins Auge. Selbst aktive Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus konnten als unverbesserliche Nazis denunziert werden, ganz gleich, ob es sich dabei um äußere Gegner „qua Amt“ handelte, wie den Präsidenten des bundesdeutschen Verfassungsschutzes Otto John, oder um innenpolitische Oppositionelle wie beispielsweise den während der NS-Zeit verfolgten und dann in einem Dessauer Schauprozess verurteilten Wirtschaftsexperten und nachmaligen Frankfurter Oberbürgermeister Willi Brundert.<sup>1</sup>

Ebenso schnell konnte man aber auch wieder „entnazifiziert“ werden, gesetzt den Fall, man war bereit, sich für die richtige Seite zu engagieren: Schlagartig galt John nach seinem mysteriösen Übertritt in die DDR als vorbildlicher Antifaschist,<sup>2</sup> der die einzig mögliche Konsequenz aus der „Refaschisierung“ der Bundesrepublik gezogen habe.<sup>3</sup> Selbst vor dem Mythos von der „sauberen“ Wehrmacht machten die DDR-Propagandisten nicht halt, wenn er nur der Sache der SED dienen konnte: Kein geringerer als der oberste Befehlshaber der vor Stalingrad gescheiterten 6. Armee, Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, wurde als Kronzeuge gegen die angeblich einseitig vom Westen ausgehende erneute Kriegsgefahr aufgebaut, und der „Ausschuß für Deutsche Einheit“ scheute sich nicht, die militärische Autorität eines der ranghöchsten Wehrmachtsgeneräle auszunutzen und publizistisch in Szene zu setzen.<sup>4</sup>

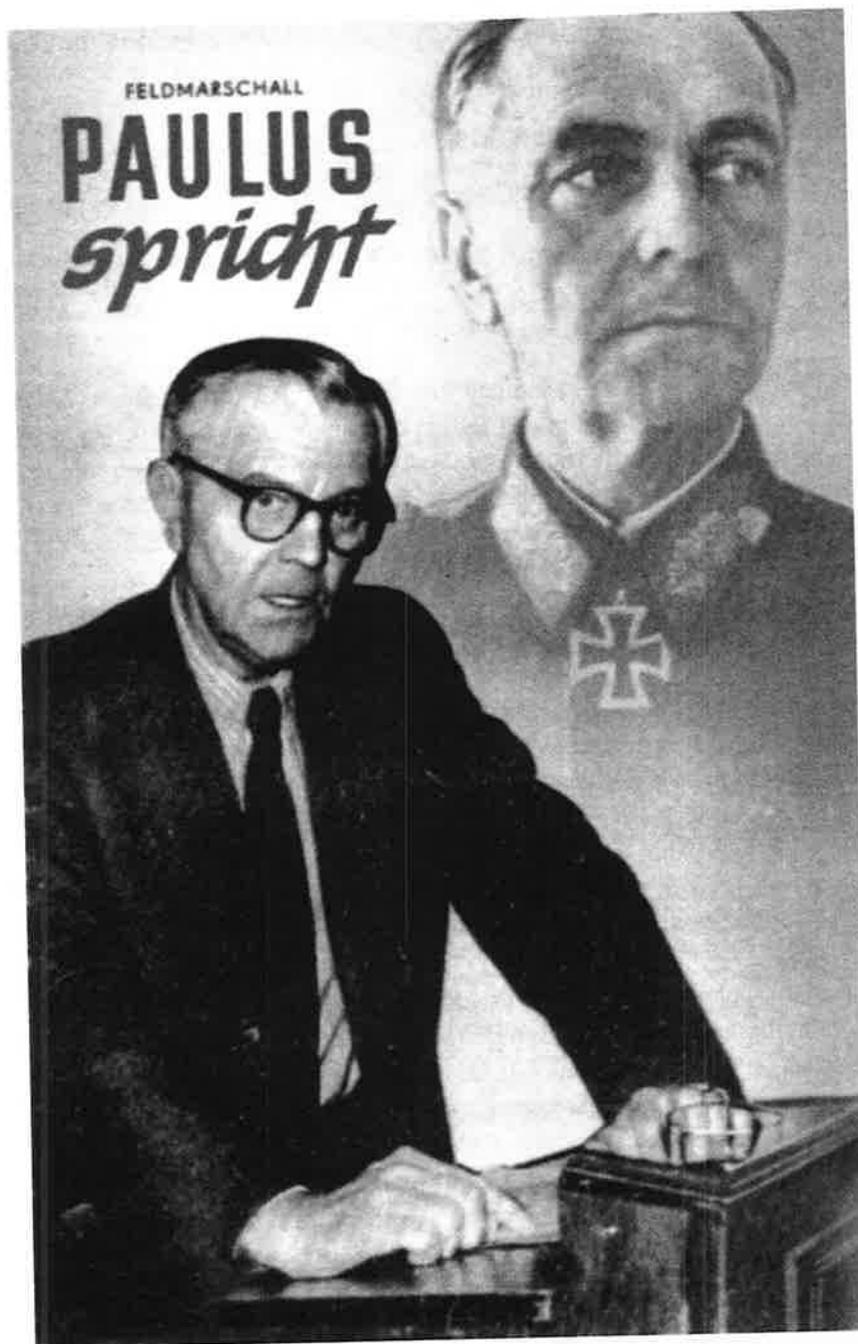


Abb. 1: Kronzeuge der Kriegsgefahr: Feldmarschall Friedrich Paulus (Titelblatt der Broschüre „Feldmarschall Paulus spricht“, herausgegeben vom „Ausschuß für Deutsche Einheit“, 1954).

Dass ‚der Faschismus‘ und sein vermeintliches Gegenteil, ‚der Antifaschismus‘, oft in viel stärkerem Maße gegenwartsbezogene als historische Kategorien waren, zeigt schließlich der Fall eines Juden und Widerstandskämpfers, dem man – mangels Bereitschaft, Parteimitglied zu werden – den Status des Verfolgten des Nazi-regimes noch in den siebziger Jahren verweigerte. Als er diese Ungerechtigkeit monierte, erklärte man ihm mit entwaffnender Offenheit: „Es kommt nicht darauf an, was du damals gemacht hast, sondern was du heute machst.“<sup>5</sup> Deutlicher lässt sich der Sieg des Gegenwartshorizontes über die Vergangenheit schwerlich zum Ausdruck bringen.

Solche Beispiele sind nach 1990 oft zitiert worden, nicht selten im Gestus des Skandalons, markieren sie doch die Fallhöhe zwischen moralisierendem antifaschistischen Anspruch und der tatsächlichen Praxis in der DDR.<sup>6</sup> Nicht immer ging es dabei freilich um die Sache selbst, sondern im Kern handelte es sich besonders in der ersten Hälfte der neunziger Jahre um politische Debatten, in denen die Legitimität oder Illegitimität der DDR insgesamt diskutiert wurde.<sup>7</sup> Aber selbst wenn man von dieser politischen Dimension absieht, scheinen die Beispiele in erster Linie eine Interpretation zu stützen, die den Faschismus-Bezug primär funktional begreift: als abstrakte, im Extremfall weitgehend beliebige Kategorie, mit der die Demarkationslinie zwischen politischem Gegner und Freund, zwischen dem imaginierten ‚Außen‘ und ‚Innen‘ der Gesellschaft immer wieder aufs Neue festgelegt werden konnte. Eine solche, gewissermaßen intentionalistische Lesart, hat sich jedenfalls für die Interpretation des staatsoffiziellen Antifaschismus der DDR weitgehend durchgesetzt. Dieses Phänomen wird auch in der neueren wissenschaftlichen Literatur überwiegend unter dem Aspekt von Herrschaftslegitimation betrachtet und interpretiert<sup>8</sup> und bisweilen als besonders perfide Herrschaftstechnik gewertet.<sup>9</sup>

Es läge also nahe, auch das ‚Faschismus‘-Paradigma in der DDR, das ja mit dem antifaschistischen Selbstverständnis untrennbar verbunden war, analog als vorwiegend taktisch motiviert zu beschreiben. Ohne Zweifel verschmolzen in dieser Kategorie zeitweise nahezu alle gesellschaftlichen Widerstände zu einem „kompakten“ Feindbild, das eine Art Sündenbockfunktion für die anhaltenden Schwierigkeiten bei der Umsetzung des revolutionär-utopischen Projekts eines sozialistischen Deutschlands bekam. Ob westliche Bündnis- und Sicherheitspolitik, innerparteiliche Opposition, landesweiter Protest gegen die Zumutungen revolutionär-bürokratischer Umgestaltungspolitik wie im Jahr 1953 oder die bis zum Mauerbau anhaltende Fluchtbewegung: Stets sah man ‚Faschisten‘ oder wenigstens ihre Verbündeten am Werk, stets schien die Apokalypse eines neuen, nun atomar geführten Weltkriegs nicht fern. Zugleich ließ sich gegen einen solchen Gegner angesichts der monströsen Verbrechen des Nationalsozialismus buchstäblich jedes Mittel rechtfertigen.

Und doch verfehlt jede Interpretation, die den intentionalen Aspekt in den Vordergrund stellt und den Antifaschismus allein oder in erster Linie als Herrschaftstechnik deutet, einen wesentlichen Aspekt des Phänomens. Denn in der Selbstwahrnehmung der historischen Akteure reduzierten sich solche Perzeptionen keineswegs auf zynisch-taktisches Kalkül, sondern waren, mehr oder minder, auch Ausdruck authentischen Empfindens.<sup>10</sup> Der manichäische Charakter solcher Feindbilder stieß offenkundig keineswegs durchgängig auf Ablehnung. Nur so ist zu erklären – was zumeist gleichzeitig unterstellt wird –, dass der DDR-Antifaschismus als Herrschaftslegitimation vergleichsweise erfolgreich gewesen sei.<sup>11</sup> Wenn es sich lediglich um durchschaubare propagandistische Manöver der politischen Elite gehandelt hätte, wie ist es dann möglich gewesen, eine breite und relativ dauerhafte gesellschaftliche Resonanz dafür zu finden?

Notwendig ist demnach ein erweiterter kulturgeschichtlicher Zugriff auf das Thema, der über die intentionale, funktionale Dimension hinausreicht, ohne sie dabei andererseits auszublenden.<sup>12</sup> Mehr als bisher ist es erforderlich, den Bezug auf Stereotype wie den ‚Faschismus‘ in einem umfassenden Sinne als kulturelles Phänomen zu untersuchen, als symbolisch vermitteltes Sinngebungsmuster, das nur innerhalb des jeweiligen historisch-politischen Kontextes zu verstehen ist. Welche Bedeutungen wurden zu unterschiedlichen Zeiten mit dem Faschismus-Begriff verbunden und wie und warum veränderten sie sich? Auf welche Gegner fand er jeweils Anwendung? Und schließlich: Wie lässt sich der einem solchen Feindbild innewohnende Manichäismus erklären?

Hier sollen diese Fragen für die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) beziehungsweise für die frühe DDR untersucht werden; gleichzeitig wird der Versuch unternommen, idealtypisch verschiedene Phasen des Faschismus-Bezuges voneinander abzugrenzen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach dem Verhältnis von einerseits strategisch-intentionalen und andererseits als eher kulturell-identitär zu interpretierenden Elementen des Faschismus-Bezuges, auch wenn es sich dabei nicht um im strengen Sinne trennscharfe Kategorien handeln kann. Ein solcher kulturgeschichtlicher Ansatz macht es erforderlich, die Vorgeschichte wenigstens skizzenhaft mit einzubeziehen, denn die Bedeutungen und Konnotationen dessen, was unter Faschismus und Antifaschismus nach dem Krieg verstanden wurde, waren untrennbar mit den Entwicklungen in der Sowjetunion und den kommunistischen Bewegungen in Europa vor und während des Krieges verbunden. Die Art, wie auf diese Begriffe in der Nachkriegszeit Bezug genommen wurde, würde in mancher Hinsicht unverstänlich bleiben, wenn diese Vorgeschichte ausgeblendet bliebe.<sup>13</sup>

## Faschismus-Rezeption in der kommunistischen Bewegung vor 1945

Die erste Phase der Faschismus-Rezeption der Komintern reichte vom Aufkommen der rechten Massenbewegungen Anfang der zwanziger Jahre bis in die ersten Jahre nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933. Ungeachtet mancher gebotener Differenzierung lassen sich zwei dominante Tendenzen ausmachen: Zum einen eine ausgeprägte Neigung zur Abstraktion: weg von den rechten Massenbewegungen hin zu einer universellen Gegnerkategorie. Zum anderen zeigt sich spätestens seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre eine deutliche Abhängigkeit von den schnell wechselnden innen- und außenpolitischen Zielen der Sowjetunion.

Die rechten Massenbewegungen in Westeuropa wurden in dieser Zeit in erster Linie als Epiphänomene des Klassenkampfes wahrgenommen.<sup>14</sup> Nahziel kommunistischer Politik blieben zunächst proletarische Revolutionen in Westeuropa nach sowjetischem Vorbild, und diesem Ziel schien vor allem die Sozialdemokratie, aber auch das liberale Bürgertum entgegenzustehen, weil beide ‚objektiv‘ dem Kapital zuarbeiteten und dadurch die eigentlich ‚gesetzmäßige‘ Revolution verhinderten. Daher rührte die Ausweitung des Faschismusbegriffs auf diese Gruppen, die Rede von „Nationalfaschisten“, von „Klerikalfaschisten“ und dem „Brüning-Faschismus“ sowie die Denunziation der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“.<sup>15</sup> Der italienische Faschismus und der Nationalsozialismus würden hingegen, so die zeitgenössische Einschätzung, bald wieder verschwinden, weil es ihnen an einer ‚klassenmäßigen‘ Verankerung fehle.<sup>16</sup> Im Jahr 1931 wies Ernst Thälmann Kritiker der Sozialfaschismus-These mit den Worten zurecht, es gebe Kommunisten, die vor „nationalsozialistischen Bäumen den sozialdemokratischen Wald“ nicht sehen wollten.<sup>17</sup>

Einerseits wurde der Faschismus-Begriff hier also den etablierten Kategorien des Klassenkampfes untergeordnet, er entsprach damit den Interessen von Kapital und Bourgeoisie. Wie stark er selbst nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Deutschland von der NS-Bewegung abstrahierte und im überkommenen, ebenfalls bipolar angelegten Bild des bourgeoisen Klassenfeindes aufging, zeigt ein Flugblatt des Zentralkomitees der KPD aus dem Jahr 1936, in dem es hieß: „Du Nationalsozialist, Du Antifaschist, reicht Euch die Hand gegen die 3.000 Millionäre.“<sup>18</sup> Die neue Qualität der Bedrohung, die von den rechten Bewegungen ausging, wurde unter diesen Bedingungen lange Zeit kaum wahrgenommen.

Andererseits illustriert die inflationäre Begriffsausweitung auf alle Gegner eines kommunistischen Umsturzes die isolierte politische Lage, in der sich die kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion durch ihr Festhalten am Ziel der Revolution befanden: Nur ein übersteigertes, konspirativ orientiertes und in

mancher Hinsicht paranoides Feindbild war in der Lage, die immer wieder enttäuschten Erwartungen im Hinblick auf die teleologische Annahme der vermeintlich sicher bevorstehenden Revolution zu kompensieren und dabei den innerparteilichen Zusammenhalt sogar noch zu stärken.

Die dämonische Komponente, die diesem Feindbild eigen war, geht aber ursprünglich schon auf die Bolschewiki zurück. Sie ist vermutlich nicht ohne jene charakteristische Mischung aus missionarischem Sendungsbewusstsein und dem Wissen zu verstehen, aus einer bedrohten Minderheitenposition zu handeln, die bereits die Etablierung ihrer Herrschaft in der Sowjetunion unter Lenin begleitete.<sup>19</sup> Insofern war der universelle Faschismus-Begriff in dieser Phase vergleichsweise wenig von strategischen Überlegungen beeinflusst. Viel deutlicher spiegeln sich hier ideologische Axiome, die weitgehend unterschiedslos auf alle politischen Gegner übertragen wurden. Desweiteren kommt darin die Kluft zwischen der Unbedingtheit des politischen Anspruchs einerseits und der weit hinter dieser Programmatik zurückbleibenden politischen Realität andererseits zum Ausdruck. Insofern kann man für diese Phase von einem primär identitär substantiierten Faschismusbegriff sprechen.

Ein Paradigmenwechsel ergab sich erst Mitte der dreißiger Jahre, mehr als ein Jahr nach dem Amtsantritt Hitlers. Er war mit der sogenannten *Volksfront*-Politik verbunden, also der Proklamation von strategischen Bündnissen mit liberalen und sozialdemokratischen Kräften, um insbesondere den Nationalsozialismus einzudämmen.<sup>20</sup>

Seinen offiziellen Niederschlag fand dieser Kurswechsel in der bekannten und bemerkenswert langlebigen sogenannten Dimitroff-Formel, der zufolge der Faschismus die „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ sei.<sup>21</sup> Dabei handelte es sich um eine Kompromissformel, die es erlaubte, nun die rechten Diktaturen als ‚entschiedenste‘ Form der imperialistischen Herrschaft in den Blick zu nehmen und dadurch Raum für strategische Bündnisse zu gewinnen, ohne zugleich die bisherigen, auf den Klassegegensatz zielenden Grundlagen und das Endziel der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft ganz preiszugeben. Die Formel war damit geeignet, den Bruch, den die neue Politik de facto bedeutete und der an der radikalisierten kommunistischen Basis auf Unverständnis und Widerstand stieß, abzumildern.<sup>22</sup> Nicht zufällig ließ Georgi Dimitroffs Definition für die eigene Klientel ein sublimes Begriffsverständnis zu, demzufolge mit dem Sieg über den Faschismus als ‚höchstentwickelter‘ Form des Kapitalismus zwangsläufig auch dessen Ende gekommen sei. Abstriche am avantgardistischen Selbstverständnis waren demnach nicht nötig, demokratische Bündnisse hatten nur den Status vorübergehender Konzessionen.<sup>23</sup> Die ‚Janusköpfigkeit‘ des Antifaschismus tritt hier deut-

lich zu Tage: einerseits mit einer (lediglich strategischen) Verteidigung republikanischer Werte und andererseits mit dem gegensätzlichen, perspektivisch nie aufgegeben Ziel der Errichtung einer Diktatur des Proletariats.

Dieser Faschismus-Begriff war viel stärker strategisch orientiert und folgte maßgeblich den außenpolitischen, aber auch den innenpolitischen Interessen der Sowjetunion unter Jossif W. Stalin. Außenpolitisch hatte er seinen Hintergrund in der veränderten Lage nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, deren rüde antikommunistische und antisowjetische Programmatik die anfangs abwartende, auf eine Fortsetzung der Einbindung Deutschlands in die sowjetische Sicherheitspolitik bedachte Außenpolitik der UdSSR zunehmend obsolet erscheinen ließ.<sup>24</sup> In der Folge suspendierte Stalin die traditionellen Ressentiments gegenüber den Westmächten und leitete mit den sogenannten Beistandspakten mit Frankreich und der Tschechoslowakei 1935 faktisch eine Politik der Eindämmung Deutschlands ein, die bis zur erneuten Annäherung an Deutschland ab 1938 Bestand hatte.<sup>25</sup> Dieser Strategie stand die bisherige, auf strikte Abgrenzung von allen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kräften bedachte Faschismus-Definition entgegen, die noch immer am Nahziel kommunistischer Umstürze in den zentral-europäischen Staaten orientiert war. Innenpolitisch kam hinzu, dass nach dem Abschluss der ‚Entkulakisierung‘ auch die Notwendigkeit einer scharfen Bekämpfung der ‚rechten‘ innenpolitischen Opposition wegfiel, die den bisherigen Abgrenzungskurs maßgeblich motiviert hatte.<sup>26</sup>

Diese spürbare instrumentelle Ausrichtung änderte freilich kaum etwas am Erfolg der Volksfront-Politik auf symbolischer Ebene. Die Zuspitzung auf einen konkreten Gegner, der ‚gemeinsame Kampf‘, wie er vor allem während des spanischen Bürgerkriegs im Rahmen der ‚Internationalen Brigaden‘ geführt worden ist,<sup>27</sup> half nicht nur, die Enttäuschung über die ausgebliebene Revolution zu mildern, sondern gewann auch in dem Maße an moralischer Dignität, in dem die Preisgabe basaler zivilisatorischer Standards durch den Nationalsozialismus ruckbar wurde. Ebendiese scheinbar unangreifbare Programmatik sorgte für die Attraktivität des ‚Anti-Faschismus‘ weit über den Kreis überzeugter Kommunisten hinaus. Es schien, als gäbe es die Möglichkeit, dem bisher mehr oder minder ohnmächtig beobachteten Vormarsch Hitlers an einer ‚echten‘ Front entgegenzutreten. Die ‚Volksfront‘ blieb – anders als zum Beispiel die ‚Einheitsfront‘ – nicht abstraktes Konstrukt, sondern wurde wirklich praktiziert, und ihren offiziellen Zielen konnte sich auch verpflichtet fühlen, wer die radikale Konsequenz einer proletarischen Revolution ablehnte.<sup>28</sup>

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Deutschland und Spanien gelang es so, die faktische Trias aus antiparlamentarischer Rechten, bürgerlichem beziehungsweise sozialdemokratischem Lager und antiparlamentarischer Linken in der Wahr-

nehmung eines Großteils der demokratisch orientierten Linken aufzulösen und einem bipolaren Modell hohe Akzeptanz zu verschaffen, in dem es lediglich den ‚Faschismus‘ oder dessen Antagonisten, den ‚Antifaschismus‘ zu geben schien. Hier hat der antifaschistische Mythos seinen eigentlichen Ursprung, nicht in dem bis 1934 vorherrschenden klassenbezogenen Faschismus-Begriff der III. Internationale. Gleichwohl war die Zuspitzung auf einen konkreten Gegner und die Öffnung gegenüber Nicht-Kommunisten, die diesen Erfolg ermöglichten, in erster Linie strategischen Ursprungs. Die Programmatik und die Identität der kommunistischen Bewegung mussten zeitweise zurückstehen.

### **‚Faschismus‘ in der Sowjetischen Besatzungszone: Die antifaschistisch-demokratische Phase (1945 bis 1947)**

Während des Zweiten Weltkriegs traten die nationalen Kategorien in den Vordergrund. Natürlich gaben ‚die Deutschen‘ aus sowjetischer Sicht ein eingängiges Feindbild ab, das – auch vor dem Hintergrund des prononcierten russischen Nationalismus im Krieg<sup>29</sup> – den ideologisch besetzten Kategorien den Rang abgelauften haben dürfte. Aber ein solches Feindbild war unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft langfristig schlicht nicht politikfähig. Daher wurde nach 1945 in Abgrenzung zu radikal antideutschen Positionen wie derjenigen Ilja Ehrenburgs ein Diktum Stalins breit popularisiert, das dieser bereits im Jahr 1942, in einer Rede anlässlich des Gründungsjubiläums der Roten Armee, geprägt hatte: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“<sup>30</sup>

Unter diesen Bedingungen lag es nahe, an einem konkreten, auf den Nationalsozialismus und seine vermeintlichen oder wirklichen gesellschaftlichen Restbestände bezogenen Faschismus-Begriff festzuhalten und ansonsten, wie schon vor 1945, das integrative Moment zu betonen: Faschismus bezeichnete nun ein untergegangenes Regime, von dem es sich zu distanzieren galt. Dieses Bedürfnis einte – teils aus opportunistischen Motiven – in Deutschland unterschiedliche politische und weltanschauliche Lager, von traditionellen Gegnern auf Seiten der Arbeiterbewegung über Christen und Bürgerliche bis hin zu ehemaligen Unterstützern des Nationalsozialismus. Verbunden mit der anfangs verfolgten sogenannten antifaschistischen Blockpolitik, also einer zumindest oberflächlich praktizierten Offenheit gegenüber verschiedenen politischen Richtungen,<sup>31</sup> erzielte dieser ‚Anti-Faschismus‘ gewissermaßen als „kleinster gemeinsamer Nenner“ durchaus

Wirkungen im Sinne der Integration einer stark verunsicherten Nachkriegsgesellschaft und diente damit der Absicherung der sowjetischen Besatzungsherrschaft.<sup>32</sup>

Bisweilen konnte das integrative Moment, also die Berufung auf etablierte und konsensuale Werte ein nationales Pathos freisetzen, das an eine ‚Volksgemeinschaft ohne Nazis‘ denken ließ. So erklärte Johannes R. Becher im Rundfunk Mitte 1945 den „Nazismus“ zum „Todfeind des deutschen Volkes“, ihn „auszurotten“ zur „vaterländische[n] Pflicht eines jeden wahrhaft Deutschen“ und rief die Deutschen auf, sich dem „Bau eines neuen freiheitlichen Reiches“ zu „weihen“, das sich dereinst „auf der Lichtseite unserer Geschichte [...] erheben“ werde.<sup>33</sup>

Während der Faschismus-Begriff in dieser Zeit also zumindest in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde, verstand man unter ‚Antifaschismus‘ das scheinbar konsensuale, positive Ziel von dessen endgültiger Überwindung. Auch im Hinblick auf die pragmatisch-instrumentelle Ausrichtung überwog eindeutig die Kontinuität zu der 1934/1935 unter Dimitroff erstmals kodifizierten Lesart. Eine Voraussetzung für diese integrative Wirkung war jedoch seine Verengung auf einen konkreten historischen Akteur, namentlich die Nationalsozialisten. Diese Verengung zielte auf die Delegitimierung des vormaligen Regimes und damit indirekt auf Absicherung der Besatzungsherrschaft; die eigentliche revolutionäre Programmatik, die sich mit dem Begriff verband, blieb suspendiert. Insofern dominierte auch in dieser vermeintlich ‚offenen‘ Phase eindeutig das strategisch-instrumentelle Moment.

Wie bereits Mitte der dreißiger Jahre entschieden jedoch auch in dieser Phase nicht in erster Linie die strategischen Absichten der Sowjets und ihrer deutschen Exekutoren über die gesellschaftliche Breitenwirkung. So wie der antifaschistische Mythos seine Existenz maßgeblich den Ereignissen in Deutschland und Spanien verdankte, so erfuhr nun der Faschismus-Begriff durch den Zusammenbruch des Nationalsozialismus und dessen moralische Diskreditierung einen gravierenden Bedeutungswandel: Nach 1945 wurde er – auch – eine historische Kategorie. Er bezog sich von nun an nicht mehr nur auf einen aktuellen politischen Gegner, sondern immer auch auf die konkrete historische Vergangenheit, deren katastrophale Folgen auf materieller und moralischer Ebene schwer zu ignorieren waren.

In diesem „Doppelcharakter“, als zugleich historische und als politisch-programmatische Kategorie, liegt zweifellos eine Besonderheit des Begriffs. Nach 1945 bündelte und vermittelte er historische Erfahrungen und Erwartungen ganz unterschiedlicher Art: Während er einerseits als Projektionsfläche für die Kriegs- und Verlustserfahrungen der Bevölkerungsmehrheit dienen konnte, begründete er aus Sicht der politischen Elite deren gegenwärtigen politischen Führungsanspruch, das historische Aufstiegsparadigma und die Programmatik kommunistischer Politik insgesamt. Nur so wurde es möglich, ihn zum Angelpunkt einer „großen

Erzählung“ zu machen, die beides miteinander verband: die scheinbar ‚authentische‘ Katastrophen-Geschichte und die sich daraus vermeintlich zwingend ergebende Gründung der DDR sowie eine Politik der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft.

Allerdings war eine solch differenzierte Zuschreibungsstruktur im Jahr 1947 noch nicht gegeben. Zu dieser Zeit gab es kein geschlossenes programmatisches Narrativ, schon deshalb nicht, weil der Umbau zu einer sozialistischen Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild noch nicht, oder zumindest noch nicht offen betrieben wurde.<sup>34</sup> Aber: Gewissermaßen ohne eigenes Zutun bezeichnete ‚Faschismus‘ von nun an immer auch eine (abgeschlossene) Vergangenheit, deren negative Konnotation die gegenwartsbezogene, ideologische Komponente des Faschismus-Begriffs mit Plausibilität ausstattete. Die faktischen und in ihrer Dimension bis dahin unvorstellbaren Verbrechen der Nationalsozialisten sorgten dafür, dass die für alle Feindbilder charakteristischen Überzeichnungen und Entgrenzungen<sup>35</sup> im Falle des ‚Faschismus‘ sehr viel schwieriger zu durchschauen und diskursiv zu widerlegen waren.

### ‚Faschismus‘ im Kalten Krieg und in der frühen DDR

Mit dem Zerfall des Zweckbündnisses zwischen der Sowjetunion und den Westalliierten und dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konfliktes im Laufe des Jahres 1947 kam auch der integrative, in erster Linie auf den Nationalsozialismus bezogene Faschismus-Begriff an sein Ende. Nun wurde der ‚Faschismus‘ wieder – wie bereits eingangs angedeutet – zu einer universellen Gegnerkategorie, deren Gebrauch an die Jahre vor 1935 erinnert. „Faschismus“, „Nazismus“, „Revanchismus“, „Militarismus“, „Imperialismus“ und „Junkertum“ waren Begriffe, die regelmäßig in einem Atemzug genannt wurden und sich im Grunde auf den nun aktuellen politischen Gegner bezogen: den Westen.<sup>36</sup>

Um den Kurs der Gewinnung kommunistischer Hegemonie und strikter Orientierung am sowjetischen Vorbild durchzusetzen, bedurfte es aus der Perspektive der Verantwortlichen in Moskau und Ost-Berlin vor allem der Ausschaltung der politischen Opposition sowie der Überwindung gesellschaftlicher Widerstände. Auch wenn die Partei (ebenso wie in umgekehrter Richtung die Bundesrepublik) die Schuld für die Teilung allein dem Westen zuschob und sich unter Walter Ulbricht stets als Sachwalter der deutschen Einheit darzustellen suchte, verlangte die Teilstaatgründung und der damit einhergehende Verlust der Einheit Deutschlands auch in der DDR nach Legitimation: Die Verfestigung einer Grenze mitten durch das Land konnte kaum auf breite Sympathie in der Bevölkerung stoßen.

Vor diesem Hintergrund kam dem inzwischen zur historisch-ideologischen Doppelkategorie mutierten Faschismus-Begriff eine Schlüsselrolle zu. Zum einen war er hilfreich bei der Ausgrenzung bisher noch tolerierter bürgerlicher, sozialdemokratischer oder national-kommunistischer Positionen, zum anderen sollte er die strikte Abgrenzung vom Westen legitimieren. Voraussetzung dafür war allerdings die Überwindung der Zuspitzung auf den Nationalsozialismus sowie Offenheit gegenüber Bündnissen ins bürgerliche oder sozialdemokratische Lager hinein.

Die Fundamentierung einer eigenen, ‚sozialistischen‘ Identität funktionierte in der Folge in einem hohen Maße ex negativo, indem der unmittelbar konkurrierende Teilstaat Bundesrepublik als Hort faschistischer Kontinuität dargestellt und mit NS-Vergleichen und -Bezügen überschüttet wurde. Da die Verfügung über die Produktionsmittel in der Bundesrepublik gegenüber der Kriegs- und Vorkriegszeit nicht grundlegend verändert worden sei, sei auch die Annahme einer prinzipiellen Gleichartigkeit der politischen Systeme gerechtfertigt – so die nach marxistisch-materialistischen Kriterien plausible These. Dementsprechend zielten die einschlägigen öffentlichen Argumentationen stets darauf, die politischen und gesellschaftlichen Zustände in der Bundesrepublik quasi als Vorstufe einer erneuten ‚faschistischen‘ Schreckensherrschaft darzustellen.

Ablesen lässt sich dies beispielsweise an der Kampagne gegen die Kandidatur von Bundespräsident Heuss für eine zweite Amtszeit. Wo nicht auf Heuss‘ Zustimmung als Reichstagsabgeordneter zum sogenannten Ermächtigungsgesetz von 1933 abgehoben wurde,<sup>37</sup> galt er als „Neuauflage“ Hindenburgs, das heißt als Teil jener bürgerlichen Fassade, die der ‚Faschismus‘ anfangs noch als Tarnung benötigte.<sup>38</sup> Die Vorstellung von ‚Identität‘, von einer prinzipiellen Gleichartigkeit der politischen Konstellation vor und nach 1945 prägte den Blick der SED-Propagandisten auf die Bundesrepublik nachhaltig. Entsprechend stark hoben sie insbesondere immer wieder das hohe Maß an Elitenkontinuität hervor: „Freiheit“ sei unter Adenauer nichts anderes als die „Freiheit der Kriegsverbrecher und Faschisten“ hieß es etwa in der Radio-Magazinsendung „Gesehen-gehört-gefunkt“ 1954<sup>39</sup> – unmittelbar übrigens, bevor innerhalb derselben Sendung die regelmäßige Rubrik „Aus dem Verbrechenregister amerikanischer Besatzungsgangster“ verlesen wurde. Nirgendwo schien die These von der Virulenz des Faschismus in der Bundesrepublik so greifbar und anschaulich, wie in den anscheinend ungebrochenen Karrieren zahlreicher Industrieller, Juristen und Politiker über das Jahr 1945 hinweg.<sup>40</sup>

Gerade im Falle der Elitenkontinuität und der zeitweise sehr weit gehenden Maßnahmen zur ‚Wiedergutmachung alliierten Unrechts‘, wie die Entnazifizierungsmaßnahmen im Zuge des „vergangenheitspolitischen Populismus“ (Norbert Frei) der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik zeitweise titulierte wurden,<sup>41</sup> konn-



Abb. 2: Die Bundesrepublik, Hort des Faschismus: Konrad Adenauer, Inkarnation von Adolf Hitler (Plakat aus dem Jahr 1957).

ten solche Argumentationen durchaus eine gewisse Plausibilität für sich in Anspruch nehmen.<sup>42</sup>

Doch zumindest in den fünfziger Jahren blieben die entsprechenden Zuschreibungen keineswegs auf die Bundesrepublik und schon gar nicht auf vermeintliche oder tatsächliche nationalsozialistische Restbestände dort beschränkt. Vielmehr wurde nicht nur immer wieder die strukturelle Übereinstimmung des NS-Regimes und der Bundesrepublik durch Verweis auf angeblich identische ‚monopolkapitalistische‘ Strukturen und Gleichsetzungen der Exekutiv- und anderer Organe wie Wehrmacht und Bundeswehr, SS und Bundesgrenzschutz, Bundespresseamt und Reichspropagandaministerium behauptet. Darüber hinaus passte man den Vorwurf des ‚Faschismus‘ der nun aktuellen bipolaren Logik des Kalten Krieges an und weitete ihn auf den westlichen Block insgesamt aus. So galt der französische Ministerpräsident de Gaulle bereits nach seinem Wahlsieg Ende 1948 als ‚faschistischer Diktator‘ und ‚amerikanischer Gauleiter‘<sup>43</sup>, Frankreich selbst sei zum ‚Objekt eines Imperialismus‘ geworden und einem ‚Prozess der Faschisierung‘ ausgesetzt.<sup>44</sup>



Abb. 3: Faschismus = Herrschaft des Monopolkapitals = Imperialismus: Das Lager der Weltverschwörer und der Friedensfeinde rüstet zum Krieg (Plakat aus den fünfziger Jahren, DDR).

Als eigentlicher Motor solcher Entwicklungen wurde konsequenterweise die westliche Hegemonialmacht, die USA, wahrgenommen. Besonders die Rassenunruhen, die antikommunistische Verfolgungspraxis der McCarthy-Ära und die militärische Interventionspraxis in den sogenannten Stellvertreterkriegen boten wiederholt Anlässe, dem ‚Mutterland des Kapitalismus‘ eine faschistische Tendenz zu unterstellen. Im Jahr 1952 hieß es etwa in einem „Kommentar des Tages“ von Karl-Eduard von Schnitzler: „Der amerikanische Imperialismus nimmt alle Merkmale des Faschismus an – von der Wahlschiebung und dem Wahlterror über die Ausrottung der Kriegsgefangenen und der Bevölkerung in den besetzten Ländern wie Korea bis zur Aufstellung einer Gestapo und der Einrichtung von Konzentrationslagern.“<sup>45</sup>

Nach außen, gegen den Westen gewendet, trat also wie bereits vor 1935 die klassenbezogene Komponente des Faschismus-Begriffs in den Vordergrund: Er verschmolz mit anderen, zumeist antikapitalistisch orientierten Stereotypen, wie derjenigen ‚des Imperialismus‘, ‚des Monopolkapitals‘ oder ‚der Wallstreet‘, wobei der Übergang in ältere, antiamerikanische<sup>46</sup> und bisweilen auch antisemitische Stereotype fließend sein konnte.<sup>47</sup>

Im gleichen Maß wie der Faschismus-Begriff nach außen gewendet die gerade in Deutschland begründungsbedürftige bipolare Logik des Kalten Krieges legitimieren sollte, richtete er sich jedoch auch nach innen, gegen alle aus Sicht der Herrschenden unliebsamen Gruppen. Dies traf zunächst, schon seit den späten vierziger Jahren, wieder die Sozialdemokratie, die nun erneut als Hauptkonkurrent wahrgenommen wurde. Insbesondere galt es, ihren Einfluss innerhalb der Einheitspartei zu eliminieren, um den strikt prosovjatischen Kurs innerparteilich durchzusetzen. Spätestens seit 1948/1949 verbreitete sich ganz im Sinne der alten Sozialfaschismus-These wieder die Lesart, dass die Lüge vom „sogenannten demokratischen Sozialismus“ nur seinen neofaschistischen und imperialistischen Charakter tarne. Zwar zielten die entsprechenden Angriffe bevorzugt auf die SPD, etwa wenn der damalige Journalist Markus Wolf die Zeitung „Sozialdemokrat“ mit dem „Völkischen Beobachter“ verglich<sup>48</sup> oder wenn Berlins Oberbürgermeister Ernst Reuter, der, bevor ihm die Flucht ins türkische Exil gelang, während des Nationalsozialismus im KZ inhaftiert gewesen war, als „gehätschelte[s] Schoßkind des nazistischen Botschafters in Ankara, des Wegbereiters von Hitler: Papen“ diffamiert wurde,<sup>49</sup> doch implizit ging es dabei immer auch um die Domestizierung des innerparteilichen „Sozialdemokratismus“.<sup>50</sup>

Der Hang, die anhaltenden Widerstände beim ‚Aufbau des Sozialismus‘ in der DDR der Diversion feindlicher Mächte zuzuschreiben, provozierte ein in hohem Maße konspiratives und paranoides Feindbild, in das Vorbehalte gegen die westliche Massenkultur ebenso einfließen wie das Stereotyp vom ‚unverbesserlichen

Nazi‘, der – zugleich in hohem Maße kriminell – insgeheim im Auftrag der Amerikaner für die Wiederherstellung der alten Ordnung in der DDR arbeitete. Idealtypisch verkörpert, findet sich ein solches „polysynthetisches“ Klischee beispielsweise in dem Hörspiel „Am Anfang stand das Ende“, dessen Handlung 1954 wie folgt zusammengefasst wurde: „Die ehemalige Rittergutsbesitzerin Feodora von Steinmetz und der frühere SS-Scharführer Armin Zopf betreiben Militärspionage, schmuggeln Funkgeräte amerikanischer Herkunft in die DDR, werben Agenten und verhelfen Rädelsführern des 17. Juni 1953 zur Flucht. Die Agenten [...] kundschafften Abwurfstellen für Kriegsmaterial aus USA-Flugzeugen aus. [...] Das alles ist nur ein geringer Teil der von den amerikanischen Geheimdiensten und den in amerikanischem Auftrag handelnden und mit amerikanischen Mitteln finanzierten West-Berliner und westdeutschen Verbrecherorganisationen in die Wege geleiteten Verbrechen, die gegen jede Zivilisation und gegen alle Humanität gerichtet sind.“<sup>51</sup>

Die Obsession einer „anglo-faschistischen“ Diversion fand ihren Höhepunkt im Kontext der fundamentalen Krise nach dem 17. Juni 1953 und im Sommer 1961, als die Staatsführung auf die eskalierende Massenflucht mit dem Bau der Berliner Mauer reagierte. Hier blieb es nicht bei literarisch-fiktionalen Inszenierungen, sondern im Rahmen der Prozesse vor dem Obersten Gericht wurde ausführlich auf die angebliche nationalsozialistische Vergangenheit der vermeintlichen ‚Rädelsführer‘ des ‚faschistischen Putsches‘ vom Juni 1953 eingegangen.<sup>52</sup> Am sprechendsten ist der Fall Erna Dorn, einer Insassin der Haftanstalt Halle, die, als KZ-Aufseherin wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt, im Zuge der Revolte befreit wurde. Noch am Tage ihrer Befreiung wieder verhaftet, wurde sie nun als Prototyp der ‚faschistischen Rädelsführerin‘ des Volksaufstandes dargestellt und wenige Tage später exekutiert, obwohl sie im Rahmen der Revolte keine wie auch immer geartete aktive Rolle gespielt hatte.<sup>53</sup> Erschwerend kam noch hinzu, dass es auch für ihre ‚faschistische‘ Vergangenheit – abgesehen von fragwürdigen Selbstbeichtigungen – keine Beweise gab. Das „Neue Deutschland“ stattete sie daher in einer Art Personenverschmelzung kurzerhand mit der Vergangenheit einer anderen, bereits in einem öffentlich stark beachteten Prozess verurteilten Aufseherin aus dem KZ Ravensbrück aus. So wurde aus „Erna Dorn alias Gertrud Rabenstein“<sup>54</sup> die „SS-Kommandeuse“ um die parteioffizielle Interpretation des 17. Juni 1953 als faschistischen, konterrevolutionären Putsch mit Plausibilität auszustatten.<sup>55</sup>

Obwohl sich der Faschismus-Begriff damit also wieder in eine universelle Gegnerkategorie verwandelt hatte, die insbesondere mit antikapitalistischen und antiamerikanischen Stereotypen verschmolz, resultierte aus dem zeitlichen Doppelcharakter doch ein entscheidender Unterschied im Vergleich zur Zeit vor 1935:

Anders als im Falle der eher abstrakten, klassenbezogenen Feindbilder bezog sich der Faschismus-Begriff nun immer zugleich auf konkrete historische Erfahrungen. Das typische Argumentationsmuster war daher zu dieser Zeit die historische Analogie, die eine Wiederholung der Geschichte unter neuen, nun womöglich noch weit schlimmeren Vorzeichen beschwor.<sup>56</sup> Der Systemkonflikt zwischen Ost und West erschien als dialektischer Kampf zwischen Vergangenheit und Zukunft, wobei die Vergangenheit ebenso wie der Westen, mit dem sie identifiziert wurde, pauschal entwertet wurde. Sie trug ihrerseits Züge eines Feindbildes, das der bipolaren Logik des Kalten Krieges neben einer räumlichen eine zeitliche Dimension verlieh.

Trotz der unübersehbaren instrumentellen Komponente sticht die Eigendynamik solcher auf etablierte Stereotype rekurrierenden Argumentations- und Wahrnehmungsmuster ins Auge. Die Metaphern, die auf Seiten der DDR während der Berliner Krise 1961 bemüht wurden, sprechen in ihrem ungebrochenen Manichäismus eine deutliche Sprache: Da war die Rede von „Ungeziefer“, das sich „vermehrt“ habe, um aus Westberlin heraus seine „Fäden [zu] spinnen“ und dem es „diabolisches Vergnügen [bereiten würde], zum Spaß einen Menschen auf kleinstem Feuer zu rösten, bis er ihn ans Messer liefert“. Doch zum Glück beginne das „Ungeziefervernichtungsmittel“ der „Front der anständigen Menschen“ bereits seine Wirkung zu entfalten.<sup>57</sup> Schon Jahre zuvor hatte die auffallende Ähnlichkeit zur Diktion der Nationalsozialisten den Chefkommentator des DDR-Rundfunks Karl-Eduard von Schnitzler bewogen, sich dem Thema dialektisch zu nähern und zwischen einem rationalen Hass auf „die Imperialisten“, die „Kriege vorbereiten und lüstern nach dem Leben unserer Jugend trachten“ und dem „blinde[n] Hass“ der Nationalsozialisten zu unterscheiden.<sup>58</sup> Solche Worte sind kaum das Ergebnis kühler strategischer Überlegungen, sondern vielmehr Ausdruck authentisch empfundener Wahrnehmungen und Bedrohungsängste; sie spiegeln gesteigerte kulturelle Distinktionsbedürfnisse wider: apodiktisch wurde die Unüberbrückbarkeit der politischen Positionen und Lager postuliert.

### **„Faschismus“ zwischen Erinnerung und Politik**

Zieht man Bilanz, so zeigt sich, dass ‚Faschismus‘ als Gegnerkategorie im Laufe der Zeit zwischen stärker instrumentellen und vorwiegend auf die eigene, kulturelle Identität der kommunistischen Bewegung bezogenen Elementen oszillierte. Ironischerweise waren dabei gerade jene Phasen, in denen sich der Begriff vergleichsweise konkret auf die rechten Massenbewegungen bezog, spürbar stärker

strategisch ausgerichtet, als in ‚radikalen‘ Zeitabschnitten, in denen diese Etikettierung praktisch jeden treffen konnte, der als politischer Gegner wahrgenommen wurde.

Dabei lassen die vermeintlich ‚offenen‘ Phasen der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit eine spürbare Orientierung an den durchaus pragmatisch gelagerten Bündnisinteressen der Sowjetunion erkennen. Dagegen erinnert die Entwicklung zu einer universellen, manichäischen und in ihren Übergängen zu anderen Stereotypen und Feindbildern fließenden Gegnerkategorie der frühen DDR an die Frühzeit der kommunistischen Bewegung, als sich die Bolschewiki nicht nur von Feinden umstellt wähnten, sondern entsprechend ihrer geschichtsphilosophischen Annahme von der Notwendigkeit ‚dialektischer‘ Auseinandersetzungen antagonistischer Prinzipien als Voraussetzung für historische Höherentwicklung überzeugt waren.<sup>59</sup>

Neben der ideologischen Komponente verdankte sich die hybride Tendenz jedoch in erheblichem Maße dem situativen Kontext. Nach den politischen Umbrüchen von 1917 und 1945 kam den Feindbildern die Funktion zu, durch Abgrenzung nach außen Identität nach innen zu stiften und damit die politisch hochgradig instabilen Formationen kulturell zu sichern. Folgt man dem Ägyptologen Jan Assmann, dann sind verstärkte Distinktionsprozesse, die vor allem auf Abgrenzung nach außen beruhen und bis zur Diskriminierung des Gegners als ‚untermenschlich‘ und ‚vorzivilisatorisch‘ reichen können, seit jeher typisch für historische Situationen, die durch Traditionsbruch, Instabilität und (vermeintliche) Bedrohung von außen gekennzeichnet sind.<sup>60</sup> Die frühe DDR kann in mancher Hinsicht als Prototyp einer solchen politisch instabilen Formation gelten: gegründet ‚gegen‘ das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen, ausgestattet mit einer politischen Führung, deren Legitimation sich erkennbar in ihrer Abhängigkeit von der ungeliebten sowjetischen Hegemonialmacht erschöpfte und verharrend im Zustand permanenter Konkurrenz mit dem westlichen Zwillingsbruder, der – im Gegensatz zur DDR – schnell eigene Legitimationsquellen generieren konnte. Vor diesem Hintergrund zeugt die übersteigerte Abgrenzung nach außen und der inflationäre Rekurs auf einen Set von Feindbildern indirekt von den Schwierigkeiten der SED-Führung, der deutschen Bevölkerung die Notwendigkeit einer Zugehörigkeit zum östlichen Block und der damit verbundenen sozialistischen Politik zu vermitteln. Die fehlende Legitimation ihrer prosowjetischen Herrschaft spiegelt sich hier ebenso wie die Schwierigkeit, das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen zugunsten der binären Blocklogik aufzulösen.

Damit ist bereits der kompensatorische Charakter derartiger, primär auf kultureller Abgrenzung nach außen beruhender Legitimationsquellen angedeutet. Zumindest langfristig tragen sie sich allein kaum. An dieser Stelle kommt jedoch die

historische Komponente des Faschismusbegriffs ins Spiel, die nach 1945 immer mitschwang. Dieses Feindbild schien tatsächlich ‚zu stimmen‘, schließlich war der beispiellose Zivilisationsbruch durch die Nationalsozialisten historisch eindeutig verbürgt. Waren für die Täter die denkbar drastischsten Abgrenzungen bis zum Ausschluss aus der menschlichen Gemeinschaft nicht nur angebracht sondern geradezu geboten?

Obwohl dieser Aspekt der ‚historischen Plausibilität‘ das faschistische Feindbild zweifellos von anderen, nicht selten blutleeren Gegnerkategorien abhob und auch dem DDR-Antifaschismus insgesamt eine gewisse Basis sicherte, sollte die gesellschaftliche Resonanz zumindest für die Nachkriegszeit auch nicht überschätzt werden. Einerseits fiel die Distanzierung der Deutschen vom Nationalsozialismus in den fünfziger Jahren noch ambivalent aus, und dementsprechend unpopulär dürften die andauernden pauschalen Negativdarstellungen der Vergangenheit gewesen sein. Zum anderen nutzten sie sich schnell ab und waren häufig auch in ihrer anachronistischen, übersteigerten oder einseitigen Tendenz leicht durchschaubar, denn die Übertragung von Kategorien der Vergangenheit auf die Gegenwart war nur selten ohne spürbare Brüche möglich.<sup>61</sup> Die kanonisierten, politisch-ideologisch ‚korrekten‘ Darstellungen konfligierten allzu oft mit den persönlichen Erinnerungen der Bevölkerungsmehrheit, welche die NS-Zeit noch aus eigenem Erleben kannte: Beispielsweise vertrug sich das verbreitete Trauma des verlorenen Kriegs im Osten schlecht mit der Rolle der Sowjetunion als gütigem Freund und den Westmächten als Quell allen Übels.<sup>62</sup>

Dementsprechend war die Bevölkerung vom faschistischen Charakter der Bundesrepublik insgesamt wenig überzeugt. In einer der ersten Umfragen zu diesem Thema aus dem Jahr 1970 unter Rentnern, die in den Westen gereist waren, äußerten die Befragten durchweg, sie hätten von Neofaschismus und Revanchismus nichts gemerkt, wenn überhaupt handele es sich allenfalls um singuläre Erscheinungen einiger Vertriebenenverbände. Die entsprechende Berichterstattung in der DDR sei nicht glaubwürdig.<sup>63</sup>

Vieles spricht dafür, dass das faschistische Feindbild seine Wirkung vor allem bei den systemnahen Eliten entfalten konnte. Für sie allerdings blieb es bis zum Untergang der DDR und darüber hinaus virulent, sahen doch viele von ihnen in der Wende von 1989/1990 nichts anderes als den Versuch, den konsequenten Antifaschismus der DDR auszuhebeln, um den Weg für konterrevolutionäre und neofaschistische Tendenzen freizumachen.<sup>64</sup>

## Anmerkungen

- 1 Vgl. zum Fall: Karl Wilhelm Fricke: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968, 2. Aufl. Köln 1990, S. 578 f. sowie Willi Brundert: Es begann im Theater ... „Volksjustiz“ hinter dem eisernen Vorhang. Berlin/Hannover 1958.
- 2 Vgl. Bernd Stöver: Der Fall Otto John. Neue Dokumente zu den Aussagen des deutschen Geheimdienstchefs gegenüber MfS und KGB. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), H. 1, S. 103-136.
- 3 „Es war der einzige Weg für ihn [seine Flucht in den Osten, C.C.], gegen die Nazis und für Deutschlands Einheit zu kämpfen“; Deutsches Rundfunk-Archiv Potsdam-Babelsberg (DRA) DS 54/1653, militärpolitischer Kommentar des Deutschlandsenders vom 14.8.1954.
- 4 Vgl. die erste Abb. zu diesem Beitrag. Sie zeigt das Titelblatt der Broschüre „Generalfeldmarschall Paulus spricht“. Hg. v. Ausschuß für Deutsche Einheit. Berlin (Ost) 1954.
- 5 Zit. n. Lutz Niethammer/Alexander v. Plato/Dorothee Wierling: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz, 30 biographische Eröffnungen. Berlin 1991, S. 282.
- 6 Vgl. Stefan Wolle: Staatsfeind Faschist. In: Der Spiegel Nr. 34 (2001), S. 144-150.
- 7 Vgl. dazu die selbst Partei ergreifende Darstellung bei: Robert Erlinghagen: Die Diskussion um den Begriff des Antifaschismus seit 1989/90. Hamburg 1997.
- 8 Vgl. u.a. Peter Graf Kielmansegg: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland. Berlin 2000. Kielmansegg sieht sogar im Antifaschismus die gegenüber dem Sozialismus in mancher Hinsicht ursprünglichere und haltbarere Grundlage der DDR; vgl. S. 562 ff.
- 9 Vgl. Annette Simon: Antifaschismus als Loyalitätsfalle. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.2.1993; so auch der Tenor der meisten Beiträge in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken. Freiburg 2002, in dem der erstgenannte Artikel erneut abgedruckt worden ist (S. 145-154).
- 10 Vgl. hierzu z.B. die autobiographisch motivierte Kritik am Begriff des „verordneten Antifaschismus“ durch den damaligen PDS-Bundestagsabgeordneten Dietmar Keller in: Antifaschismus und Rechtsradikalismus in der DDR. Protokoll der 30. Sitzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Bd. III, 1. Frankfurt a. M./Baden-Baden 1995, S. 95-201; S. 155.
- 11 Vgl. ebd., S. 120; in diesem Zusammenhang ist allerdings darauf hinzuweisen, dass bisher kaum empirische Forschungen zu dieser Frage vorliegen.
- 12 Vgl. dazu den Aufsatz von Thomas Mergel: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik. In: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 574-606.
- 13 Dies ist ein generelles Problem der Nach-Wende-Diskussion über den Antifaschismus. Der Bezug innerhalb der kommunistischen Bewegung auf den Faschismus-Begriff während der Zwischenkriegszeit bleibt ausgeblendet. Dadurch wird der Gegenstand gewissermaßen „enthistorisiert“ und für einen vorwiegend evaluierenden Blick anfällig. So etwa bei Manfred Funke: Faschismus und Antifaschismus – Versuch einer historisch-politischen Begriffsbestimmung. In: Der Bundesminister des Inneren (Hg.): Bedeutung und Funktion des Antifaschismus. 2. Aufl. Bonn 1994, S. 7-20.
- 14 Vgl. Leonid Luks: Einsichten und Fehleinschätzungen. Faschismusanalyse der Komintern 1921–1928. In: Claudia Keller (Hg.): Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus – Geschichte und Neubewertung. Berlin 1996, S. 77-92.
- 15 Vgl. Kurt Finker: KPD und Faschismus 1929-1934. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41 (1993), H. 5, S. 389-398, S. 394.
- 16 Leonid Luks: Entstehung der kommunistischen Faschismustheorien. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935. Stuttgart 1985, S. 156 f.
- 17 Zit. n. ebd., S. 151.
- 18 Zit. n.: Der Spanienkrieg 1936-1939. Bewährung des Antifaschismus. Die Volksfront wird zur Front gesäubert. Diskussion mit Walther Bernecker, Silvia Schlenstedt, Ursula Lankau-Alex; Moderation Jürgen Schebera. In: Keller, Die Nacht hat zwölf Stunden (wie Anm. 14), S. 123-139, S. 134.

- 19 Vgl. Gerd Koenen: Bolschewismus und Nationalsozialismus. Geschichtsbild und Gesellschaftsentwurf. In: Matthias Vetter (Hg.): Terroristische Diktaturen im 20. Jahrhundert. Strukturelemente der nationalsozialistischen und der stalinistischen Herrschaft. Wiesbaden 1996, S. 172-207, S. 180 ff.
- 20 Bernhard H. Bayerlein: Einheitsfront- und Volksfrontmythos als Ursprungslegenden des Antifaschismus. In: Keller, Die Nacht hat zwölf Stunden (wie Anm. 14), S. 103-122.
- 21 Vgl. den (gekürzten) Abdruck von Dimitroffs Referat auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in: Reinhard Kühnl (Hg.): Texte zur Faschismuskonzeption I. Positionen und Kontroversen. Reinbek 1974, S. 57-75, S. 58.
- 22 Vgl. François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München/Zürich 1998, S. 286 ff.
- 23 Ebd., S. 288 f.
- 24 Ebd., S. 276.
- 25 Vgl. im Einzelnen Michael G. Müller: Beistandspakt(e). In: Hans-Joachim Torke: Historisches Lexikon der Sowjetunion. München 1993, S. 43 f.
- 26 Vgl. Luks, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie (wie Anm. 16), S. 149 ff.
- 27 Vgl. etwa die autobiographische Darstellung bei Heinz Priess: Spaniens Himmel und keine Sterne. Ein deutsches Geschichtsbuch. Erinnerungen an ein Leben und ein Jahrhundert. Berlin 1996, bes. S. 99-157.
- 28 Bayerlein, Einheitsfront- und Volksfrontmythos (wie Anm. 20), S. 119 f.
- 29 Gerd Koenen: Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus? 2. Aufl. Frankfurt a. M. 2000, S. 328 ff.
- 30 Befehl des Volkskommissars für Verteidigung Nr. 55 v. 23. Februar 1942; abgedruckt in: Jossif W. Stalin: Über den Kampf um den Frieden. Eine Sammlung ausgewählter Aufsätze und Reden. Besorgt vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1954, S. 242-245, S. 243.
- 31 Vgl. Hermann Weber: Geschichte der DDR. München 1999, S. 83 ff.
- 32 Das bedeutete allerdings nicht, dass die Sowjetische Militär-Administration (SMAD) und SED nicht bereits unter der Hand am Ausbau ihrer hegemonialen Position gearbeitet hätten. Vgl. Ulrich Mählert: Die Instrumentalisierung des Antifaschismusbegriffes durch die KPD/SED. In: Geschichte-Erzählung-Politik 4 (1993), S. 441-452.
- 33 Sendemanuskripte „Was wir wissen müssen – Deutsche Stimmen zum 22. Juni“, Berliner Rundfunk, 22. Juni 1945, sowie „Deutsches Bekenntnis“, Berliner Rundfunk, 31. August 1945; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 202-00-02/0005 bzw. 202-00-06/0556.
- 34 Vgl. zu dieser umstrittenen Thematik: Gerhard Wettig: Bereitschaft zur Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945–1955. München 1999.
- 35 Vgl. Hans-Michael Bernhardt: Voraussetzungen, Struktur und Funktion von Feindbildern. Vorüberlegungen aus historischer Sicht. In: Christoph Jahr/Uwe Mai/Kathrin Roller (Hg.): Feindbilder in der deutschen Geschichte. Studien zur Vorurteilsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1994, S. 9-24; S. 13.
- 36 Vgl. dazu den Beitrag von Monika Gibas in diesem Band.
- 37 Sendemanuskript „Aus Deutschlands Hauptstadt“, Deutschlandsender, 17. Juli 1954; Autor: Alois Landherr; DRA Potsdam, Bestand Hörfunk, DS 54/1469.
- 38 Sendemanuskript „Tageskommentar“, Deutschlandsender, 17. Juli 1954; Autor: Erich Selbmann. DRA Potsdam, DS 54/1472; vgl. zu dieser Argumentationsfigur auch: Gunter Holzweißig: Konrad Adenauer in den Medien der DDR. Kampagnen der SED-Agitationsbürokratie. In: Hans Günter Hockerts (Hg.): Das Adenauer-Bild in der DDR. Bonn 1996 (= Rhöndorfer Gespräche, 15), S. 75-106.
- 39 Sendemanuskript „Die Freiheit, die sie meinen“, Deutschlandsender, 6. Januar 1954; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, DS 54/27; Hintergrund war die Selbstenttarnung des ehemaligen NS-Gaustabschefs für Ostpreußen Kurt Knuth, der nach 1945 unter falschem Namen als Süßmostfabrikant in Schleswig-Holstein gelebt hatte.
- 40 Konsequenterweise wurde die einschlägige Berichterstattung im Laufe der fünfziger Jahre unter der Federführung des „Ausschusses für Deutsche Einheit“ und der Westkommission immer stärker koordiniert und kampagnenhaft verdichtet, um schließlich, in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, in (freilich in Abwesenheit geführten) Schauprozessen gegen westdeutsche Regierungsmitglieder zu

- gipfeln; vgl. dazu: Michael Lemke: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968. In: Jürgen Danyel (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten. Berlin 1995, S. 61-86, sowie ders.: SED-Kampagnen gegen Bonn 1960–1963. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), H. 2, S. 153-174.
- 41 Vgl. Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996, S. 397 ff.
- 42 Allerdings operierten die Kampagnen mit zahlreichen Übertreibungen und Fälschungen, weil die Beweislage im Falle besonders exponierter Repräsentanten der Bundesrepublik wie Hans Globke, Theodor Oberländer und Heinrich Lübke, die sich aus politischen Gründen bevorzugt für entsprechende Angriffe anboten, in der Regel eher dürftig war.
- 43 Sendemanuskript Kommentar „Frisierte Demokratie“, Berliner Rundfunk, 10. November 1948; Autor: Hans Hagen; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-02/0165.
- 44 Sendemanuskript „Frankreich zwischen Demokratie und Wallstreet“, Berliner Rundfunk, 30. August 1948; Autor: Bruno Heilig; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-02/0104.
- 45 Sendemanuskript „Kommentar des Tages“, Berlin I, II und III, 8. Oktober 1952; Autor: Karl-Eduard v. Schnitzler; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 095-00-01/0112.
- 46 Vgl. Ina Merkel: Eine andere Welt. Vorstellungen von Nordamerika in der DDR der fünfziger Jahre. In: Alf Lütke/Inge Marbolek/Adelheid von Saldern (Hg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 1996, S. 245-254.
- 47 Vgl. dazu Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der früheren DDR. Hamburg 2002.
- 48 Sendemanuskript Kommentar des Tages „Vor der Kundgebung im Lustgarten“, Berliner Rundfunk, 11. September 1948, Autor: Michael Storm (d. i. Markus Wolf); DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0494.
- 49 Sendemanuskript „Wofür demonstrieren die Berliner im Lustgarten?“, Berliner Rundfunk, 11. September 1948, Autor: Erich Böhm; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0491.
- 50 Vgl. Andreas Malycha: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953. Paderborn 2000, bes. S. 510 ff.
- 51 Weitere Delikte: Fälschung von Lebensmittelmarken, Wirtschaftsspionage, Sabotage. Sendemanuskript „Literatur der Zeit“ – „Am Anfang stand das Ende“; Hörspiel von Hans Joachim Geyer; Berlin II, 29. November 1954; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, II 54/466.
- 52 So heißt es z. B. über den Angeklagten Dr. Wolfgang Silgradt: „Ausrauben – zerstören der Gebiete im Osten, das war von eh und je sein Geschäft. Damals war sein Auftraggeber das Ministerium Rosenberg, jetzt der sogenannte Forschungsbeirat“; vgl. Sendemanuskript Kommentar „Aus Deutschland für Deutschland“, Berliner Rundfunk, 11. Juni 1954, Autoren: Erich Selbmann/Rudi Rubitsch; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, DS 54/1199.
- 53 Vgl. hierzu und zum Folgenden André Gursky: Erna Dorn. „KZ-Kommandeuse“ und „Rädelführerin“ von Halle. Rekonstruktion einer Legende. In: Hermann-Josef Rupieper (Hg.): „... und das Wichtigste ist doch die Einheit“. Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg. Münster u. a. 2003, S. 350-380.
- 54 So der Titel eines Artikels. In: Neues Deutschland, 26.6.1953.
- 55 Kein geringerer als Stefan Hermlin verhalf diesem Mythos zudem 1954 unter dem Titel „Die Kommandeuse“ zu literarischen Weihnen.
- 56 Konkret wurde dabei immer wieder auf die Gefahr einer atomaren Apokalypse verwiesen, die nur durch Unterstützung der Politik des östlichen „Weltfriedenslagers“ gegen die „westlichen Kriegstreiber“ abzuwenden sei.
- 57 Sendemanuskript „Abendkommentar – Friedensvertrag mit Westdeutschland – Freie Stadt Westberlin“, Berliner Welle, 23. Juli 1961; Autor: Prof. Dr. Hermann Ley; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, BR 61/847.
- 58 Sendemanuskript „Sonntagskommentar – Über Hass und Liebe in der Politik“, Deutschlandsender, 3. Januar 1954; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, DS 54/9.

- 59 Vgl. Koenen, *Utopie der Säuberung* (wie Anm. 29), S. 63 ff.
- 60 Assmann spricht in Anlehnung an einen Begriff des Ethnologen Wilhelm E. Mühlmann von „jimitischer Aufrüstung“; vgl. Jan Assmann: *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München 1997, S. 153 ff.
- 61 Beispielsweise, wenn versucht wurde, die sogenannte Luftbrücke der Westalliierten zur Versorgung der Westsektoren während der Berliner Blockade assoziativ in die Nähe der Flächenbombardements britischer und amerikanischer Verbände während des Zweiten Weltkrieges zu rücken; vgl. zum Beispiel das Sendemanuskript „Kommentar des Tages – Hundert Tage Luftbrücke“, Berliner Rundfunk, 1. Oktober 1948, Autor: Herbert Gessner; DRA Potsdam, Historisches Archiv, Bestand Hörfunk, B 204-02-01/0177.
- 62 Später, nach dem Mauerbau, war man sich der Gefahren kontraproduktiver Wirkungen durchaus bewusst: Zunehmend konzentrierten sich die Kampagnen nun auf die gezielte Entlarvung von Repräsentanten der Bundesrepublik, und nicht zufällig wurde zu dieser Zeit das Material zu NS-Straftaten in der Abteilung IX/11 des Ministeriums für Staatssicherheit konzentriert; vgl. zu Letzterem: Dagmar Unverhau: *Das „NS-Archiv“ des Ministeriums für Staatssicherheit*. Münster 1998.
- 63 Abt. Presseorgane des ZK/Abt. Agitation des ZK, 14. September 1970: Information über Diskussionen, Argumente, Meinungen von Rentnern, die seit dem 1.1.1970 zu Besuch in Westdeutschland und Westberlin weilten; SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/902/22.
- 64 Vgl. Wolle, *Staatsfeind Faschist* (wie Anm. 6), S. 144 f.